

Verordnung über Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (SVV)

vom 05.11.1997 (Stand 01.01.2022)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
gestützt auf Artikel 41, 44, 45 und 51 des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes
vom 16. Juni 1997¹⁾ (KLwG),
auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion,
beschliesst:

1 Gegenstand

Art. 1

¹ Diese Verordnung enthält die Ausführungsvorschriften zum KLwG im Bereich der Strukturverbesserungen.

² Hinsichtlich der verfahrensmässigen Einzelheiten bei Bodenverbesserungen bleiben die Vorschriften der Verordnung vom 5. November 1997 über das Verfahren bei Boden- und Waldverbesserungen²⁾ vorbehalten.

2 Nicht rückzahlbare Beiträge

Art. 2 Ordentliche Beiträge

1. Abstufungen

¹ An die beitragsberechtigten Kosten von Strukturverbesserungen können Kantonsbeiträge bis zu folgenden Höchstansätzen ausgerichtet werden: *

Nr.	Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten	Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets *	Berggebiet
1.	Gesamtmeliorationen und Landumlegungen *	40%	40%

¹⁾ BSG 910.1

²⁾ BSG 913.111

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
97-113

Nr.	Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten	Höchstansätze außerhalb des Berggebiets *	Berggebiet
2.	Rebgüterzusammenlegungen	40%	—
3.	Weganlagen	35%	40%
4.	Ent- und Bewässerungen	30%	35%
5.	Wasserversorgungen	30%	35% *
6.	Elektrizitätsversorgungen	—	35% *
7.	Transportanlagen	40%	40%
8.	Sicherung und Wiederherstellung von kulturtechnischen Anlagen *	35%	40%
9.	Pachtlandarrondierungen	30%	35%
10. *	Ökonomiegebäude	35%	40%
12.	Alpgebäude	—	40%
13.	Gemeinschaftliche Anlagen für die Milchverarbeitung *	35% *	40% *
14.	Düngeranlagen	40%	40%
15.	... *	... *	... *
16.	Periodische Wiederinstandstellung von Wegen *	40% *	40%
17. *	Projekte zur regionalen Entwicklung	40%	40%
18. *	Fernmeldeanlagen		40%

Nr.	Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten	Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets *	Berggebiet
19. *	Gemeinschaftliche Anlagen für die Verarbeitung und Lagerung		35%
20. *	Bauten und Einrichtungen für gewerbliche Kleinbetriebe		35%
21. *	Massnahmen zur Verwirklichung ökologischer Ziele		35%
22. *	Massnahmen zur Erfüllung der Anforderungen des Heimat- und Landschaftsschutzes		35%
23. *	Gemeinschaftliche Initiativen von Produzentinnen und Produzenten		35%

² Für Strukturverbesserungen nach Absatz 1 Ziffern 10 bis 14 sowie 19 bis 23 können die Kantonsbeiträge innerhalb der Höchstansätze pauschal oder anteilmässig ausgerichtet werden. *

³ An in Absatz 1 nicht erwähnte Strukturverbesserungen können in sinngemässer Anwendung der dortigen Höchstansätze Kantonsbeiträge geleistet werden, sofern nicht ausreichende Beiträge oder Darlehen aufgrund anderer Erlasse erhältlich sind.

⁴ Werden die Beiträge im Rahmen einer Programmvereinbarung mit dem Bund ausgerichtet, erhöht sich der Höchstansatz nach Absatz 1 um den jeweiligen Bundesanteil. *

Art. 3 2. Weitere Beitragsgegenstände

¹ Kantonsbeiträge können in sinngemässer Anwendung der Ansätze nach Artikel 2 Absatz 1 auch gewährt werden für

- a die Erneuerung von Bodenverbesserungsanlagen,
- b Vorprojekte sowie

- c die Grundlagenbeschaffung bei beabsichtigten gemeinschaftlichen Unternehmen.

Art. 4 *Ausserordentliche Beiträge*

¹ Für dringend notwendige Strukturverbesserungen können im Berggebiet Beiträge über die Ansätze nach Artikel 2 Absätze 1 und 4 hinaus gewährt werden, wenn sich die Massnahmen anderweitig nicht finanzieren lassen. *

² Die ausserordentlichen Beiträge dürfen zusammen mit den ordentlichen Beiträgen nicht mehr als 50 Prozent der beitragsberechtigten Kosten ausmachen.

³ Werden die Beiträge im Rahmen einer Programmvereinbarung mit dem Bund gewährt, können die ausserordentlichen und ordentlichen Beiträge zusammen mit dem Bundesanteil bis zu 100 Prozent der beitragsberechtigten Kosten ausmachen. *

Art. 5 *Projektstudien*

¹ Die Abteilung Strukturverbesserungen und Produktion (ASP) kann Vorhaben wie Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, ökologische Begleitplanungen oder Studien anderer Art durchführen oder in Auftrag geben. *

Art. 6 *Tragbarkeit* *

¹ Die Tragbarkeit der vorgesehenen Investition muss gegeben sein. *

² ... *

Art. 7 *Nicht beitragsberechtigzte Kosten*

¹ Für die Berechnung der Beiträge bleiben unberücksichtigt:

- a Verwaltungskosten;
- b Zinsaufwand;
- c einmalige Kultur- und Inkonvenienzenentschädigungen sowie Aufwendungen für den Landerwerb, soweit sie nicht hauptsächlich im Interesse der Umwelt getätigt werden;
- d Aufwendungen für die Anschaffung von beweglichem Inventar;
- e Kosten für nicht projektgemäss oder nicht fachgemäss ausgeführte Arbeiten und Kosten für Mehrarbeiten, die offensichtlich auf eine unsorgfältige Projektierung oder auf Mängel bei der Bauleitung zurückzuführen sind;
- f Kosten aus der Mitberücksichtigung von Massnahmen, die nicht durch die Zielsetzung der Artikel 1 und 2 KLwG³⁾ geboten sind;

³⁾ BSG 910.1

- g* Kosten für Arbeiten, die über einen einfachen und zweckmässigen Ausbau hinausgehen;
- h* Kosten für Betrieb und laufenden Unterhalt der Anlagen und Bauten sowie für die sich daraus ergebenden Reparaturen und
- i* * Kosten von wesentlichen Projektänderungen oder Projekterweiterungen bei Bodenverbesserungen, welche ohne vorgängige Zustimmung der ASP ausgeführt wurden.

Art. 8 *Besondere Voraussetzungen für Bodenverbesserungen*

1. Wasserversorgungen

¹ Bei Wasserversorgungen, an welche Kantonsbeiträge nach dem Wasserversorgungsgesetz vom 11. November 1996⁴⁾ (WVG) gewährt werden, richtet sich die maximale Beitragshöhe nach den einschlägigen Bestimmungen des WVG und der zugehörigen Ausführungserlasse.

Art. 9 *2. Beiträge anderer Körperschaften*

¹ Die Beitragsleistung des Kantons kann davon abhängig gemacht werden, dass auch die Gemeinde oder andere Körperschaften des öffentlichen Rechts einen Beitrag leisten, welcher den ihnen erwachsenden Vorteilen entspricht.

Art. 10 * ...

Art. 11 *Besondere Voraussetzungen für den landwirtschaftlichen Hochbau*

1. Nebenerwerbsbetriebe

¹ In der voralpinen Hügelzone und im Berggebiet können Kantonsbeiträge auch zur Unterstützung von direktzahlungsberechtigten Nebenerwerbsbetrieben mit mindestens 0,6 Standardarbeitskraft (SAK) ausgerichtet werden. *

Art. 12 *2. Persönliche und betriebliche Anforderungen*

¹ Die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller muss über eine geeignete Ausbildung verfügen oder sich über eine erfolgreiche Betriebsführung ausweisen sowie gegebenenfalls ein zukunftsgerichtetes Betriebskonzept vorweisen. *

² Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen die Voraussetzungen des ökologischen Leistungsnachweises erfüllen. *

Art. 13 *Verfahren* *

¹ Beitragsgesuche sind vor Baubeginn oder vor der Anschaffung mit den erforderlichen Unterlagen bei der ASP schriftlich einzureichen. *

⁴⁾ BSG 752.32

² Die ASP beurteilt die Gesuche in der Reihenfolge ihres Eintreffens. *

³ Sie gewährt die Beiträge bei Vorliegen der Voraussetzungen nach der Prioritätenordnung der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion im Rahmen der vorhandenen Budgetmittel. *

⁴ Sie eröffnet den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern die von Bund und Kanton zugesicherten Beiträge schriftlich. *

⁵ Die Beitragsempfängerin oder der Beitragsempfänger hat binnen 30 Tagen nach Mitteilung der Zusicherung schriftlich zu erklären, dass sie oder er die an die Beitragsleistung geknüpften Bedingungen und Anlagen anerkennt. *

⁶ An die Kosten von Arbeiten und Werken, die ohne Bewilligung angefangen oder erstellt wurden, werden keine Beiträge gewährt. *

Art. 14 *Widerruf und Änderung der Zusicherung; Schadenersatz*

¹ ... *

² Die ASP kann die Beitragszusicherung widerrufen oder ändern, wenn *

- a* die für die Durchführung des Unternehmens festgelegten Fristen ohne hinreichenden Grund nicht eingehalten werden;
- b* das Unternehmen ganz oder teilweise eingestellt oder in seinen wesentlichen Grundlagen abgeändert wird;
- c* das Projekt sonstwie in einer Weise abgeändert wird, die eine Anpassung der Beitragszusicherung rechtfertigt;
- d* die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse sich vor der Schlusszahlung wesentlich verändert haben und eine Anpassung des Beitrags zumutbar ist.

³ Verzichtet die Beitragsempfängerin oder der Beitragsempfänger ganz oder teilweise auf die Ausführung des Projekts, so kann sie oder er zum Ersatz des Schadens verpflichtet werden, der dem Gemeinwesen aus dem Verzicht erwachsen ist.

Art. 15 *Rückbehalt und Rückforderung von Beiträgen*

1. Voraussetzungen und Verfahren

¹ Zugesicherte Kantons- und Bundesbeiträge sind von der ASP in der Regel ganz oder teilweise zurückzubehalten und ausgerichtete Beiträge zurückzufordern, wenn *

- a* die zuständige Behörde die Zweckentfremdung oder Zerstückelung bewilligt;
- b* sie aufgrund unwahrer oder täuschender Angaben ausgerichtet wurden;

- c schwerwiegende Mängel in der Ausführung festgestellt wurden;
- d die Beitragsvorschriften, die Bedingungen, Auflagen oder besonderen Weisungen nicht eingehalten wurden;
- e nachträgliche nicht bewilligte Änderungen, die den Voraussetzungen der Kantonsunterstützung zuwiderlaufen, vorgenommen wurden;
- f die Werk- oder Grundeigentümerinnen und -eigentümer die Wirkung der unterstützten Verbesserung wesentlich beeinträchtigen;
- g wesentliche Projektänderungen vorgenommen wurden;
- h die Beitragszusicherung geändert oder widerrufen wurde;
- i die Unterhalts- oder Bewirtschaftungspflicht nicht erfüllt wird;
- k Gründe vorliegen, die nach Bundesrecht zur Rückforderung der Bundesbeiträge berechtigen;
- l die Wiederaufbaupflicht verletzt wird.

² Die oder der Rückerstattungspflichtige haftet für den durch die Widerhandlung entstandenen weiteren Schaden.

³ Die Berechnung der Rückerstattung von Beiträgen erfolgt in Anlehnung an die bundesrechtlichen Bestimmungen, sofern die kantonalen Bestimmungen keine abweichende Regelung vorsehen. *

⁴ Die ASP teilt die einschlägigen Verfügungen den das Projekt unterstützenden Gemeinden mit. *

Art. 16 2. Anmerkung im Grundbuch

¹ Die Rückerstattungspflicht und wichtige, an die Beitragsgewährung geknüpfte Bedingungen und Auflagen sind im Grundbuch anzumerken.

² Nach Auflösung der Genossenschaft, nach dem Ausscheiden von einzelnen Beteiligten und nach der Rückerstattung von Beiträgen bleiben jene Anmerkungen bestehen, die der Sicherung nicht erloschener Verpflichtungen dienen.

Art. 17 3. Garantieerklärung

¹ In begründeten Fällen und in Absprache mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) kann anstelle der Grundbucheintragung eine schriftliche Garantieerklärung für die Rückerstattungen im Sinne der eidgenössischen Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung, SVV)⁵⁾ abgegeben werden. *

⁵⁾ SR [913.1](#)

Art. 18 4. Verjährung

¹ Die Rückerstattungsforderung des Kantons verjährt nach den Vorschriften des Bundesrechtes.

² Die Frist beginnt zu laufen, sobald die ASP vom Entstehen des Rückerstattungsanspruchs Kenntnis erhalten hat. *

3 Investitionskredite und Betriebshilfe**Art. 19 Vollzugsorgane**

¹ Als kantonale Vollzugsbehörde für Investitionskredite und Betriebshilfe nach dem Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft⁶⁾ (Landwirtschaftsgesetz, LwG) wird die Bernische Stiftung für Agrarkredite (BAK) bezeichnet. *

² Sie richtet die vorgeschriebenen Meldungen und Gesuche direkt an die zuständigen Bundesstellen.

³ Das Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) schliesst mit der BAK einen Leistungsvertrag über die Aufgabenerfüllung nach den Absätzen 1 und 2 sowie deren vollständige Abgeltung im Sinne von Artikel 39 Absatz 1 KLwG ab. *

⁴ Der Leistungsvertrag nach Absatz 3 regelt neben der Abgeltung und der Berichterstattung insbesondere die Schnittstellen zum strukturverbesserungsrechtlichen Vollzug durch die ASP und die Haftung der BAK. *

Art. 20 Beiträge, Rechnung und Budgetierung *

¹ Für die Betriebshilfe nach dem LwG⁷⁾ können Kantonsbeiträge gewährt werden, sofern und soweit diese eine Voraussetzung der Bundesleistungen darstellen. *

² Die BAK führt entsprechend den bundesrechtlichen Vorschriften über die von ihr verwalteten Mittel des Bundes und des Kantons gesondert Rechnung.

³ Sie meldet dem LANAT rechtzeitig die für die Budgetierung erforderlichen Angaben über die kantonalen Anteile an den Aufwendungen für die Betriebshilfe und an den Verlusten. *

Art. 21 * ...

⁶⁾ SR 910.1

⁷⁾ SR 910.1

Art. 22 Mitwirkung anderer Stellen

¹ Die kantonalen Verwaltungsstellen sowie die Gemeinden und die Betriebsberatungsstellen erteilen der ASP die zur Beurteilung der Gesuche erforderlichen Auskünfte kostenlos; von den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern einzureichende Betriebsberatungsgutachten gehen zu deren Lasten. *

² Für die Bestellung und Änderung von Grundpfandrechten zur Sicherung der Investitionshilfen dürfen keine Abgaben erhoben werden.

Art. 23 Ertragswert

¹ Der nach der Bundesgesetzgebung massgebende Ertragswert entspricht dem für die kantonale Steuerveranlagung massgebenden amtlichen Wert.

4 Datenzugriff und Rechtspflege**Art. 24 Datenzugriff**

¹ Die ASP ist für die Beurteilung der Beitragsgesuche berechtigt, mit einem Abrufverfahren auf folgende Datenbanken der Kantonalen Steuerverwaltung zuzugreifen: *

- a die Flächendaten der amtlichen Bewertung,
- b die amtlichen Grundstückswerte sowie
- c das steuerbare Einkommen und das steuerbare Vermögen der einzelnen Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller.

² Die ASP ist berechtigt, im Umfang der sich aus der Gesuchsbearbeitung ergebenden Erfordernisse mit einem Abrufverfahren auf die Datenbanken des LANAT zuzugreifen. *

³ Die Steuerverwaltung und das LANAT beschränken den Zugriff im Abrufverfahren so, dass den abrufenden Stellen sachlich höchstens diejenigen Daten zur Verfügung stehen, die sie zu ihrer Aufgabenerfüllung benötigen. *

Art. 25 Rechtspflege

¹ Verfügungen der ASP und der BAK können innert 30 Tagen seit Eröffnung mit Beschwerde an die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion angefochten werden. *

² Im Übrigen richtet sich das Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG)⁸⁾; Artikel 48 KLwG⁹⁾ bleibt vorbehalten. *

⁸⁾ BSG 155.21

⁹⁾ BSG 910.1

5 Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 26 *Persönliche Anforderungen*

¹ Während einer Übergangsfrist bis Ende 2002 werden Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller ohne landwirtschaftliche oder gleichwertige Ausbildung berücksichtigt, wenn sie sich über eine erfolgreiche Betriebsführung ausweisen können.

Art. 27 *Aufhebung eines Erlasses*

¹ Die Verordnung vom 10. März 1964 über Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft wird aufgehoben.

Art. 28 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 1998 in Kraft.

Bern, 5. November 1997

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: Zölch
Der Staatsschreiber: Nuspliger

Vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 21. November 1997.

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
05.11.1997	01.01.1998	Erlass	Erstfassung	97-113
27.01.1999	01.01.1999	Art. 19 Abs. 1	geändert	99-19
27.01.1999	01.01.1999	Art. 20	Titel geändert	99-19
27.01.1999	01.01.1999	Art. 20 Abs. 1	geändert	99-19
27.01.1999	01.01.1999	Art. 20 Abs. 3	geändert	99-19
22.10.2003	01.01.2004	Art. 24 Abs. 2	geändert	03-97
22.10.2003	01.01.2004	Art. 24 Abs. 3	geändert	03-97
24.10.2007	01.01.2008	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "17."	eingefügt	07-128
24.10.2007	01.01.2008	Art. 2 Abs. 4	eingefügt	07-128
24.10.2007	01.01.2008	Art. 4 Abs. 1	geändert	07-128
24.10.2007	01.01.2008	Art. 4 Abs. 3	eingefügt	07-128
24.10.2007	01.01.2008	Art. 6 Abs. 2	geändert	07-128
18.09.2013	01.01.2014	Art. 5 Abs. 1	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 7 Abs. 1, i	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 10 Abs. 1	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 10 Abs. 2	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 13 Abs. 1	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 13 Abs. 2	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 14 Abs. 1	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 14 Abs. 2	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 15 Abs. 1	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 15 Abs. 4	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 18 Abs. 2	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 19 Abs. 3	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 19 Abs. 4	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 20 Abs. 3	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 21	aufgehoben	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 22 Abs. 1	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 24 Abs. 1	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 24 Abs. 2	geändert	13-73
18.09.2013	01.01.2014	Art. 25 Abs. 1	geändert	13-73
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "5." / "Berggebiet"	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "6." / "Berggebiet"	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "10."	umbenannt	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "11."	aufgehoben	14-47

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "16." / "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 2 Abs. 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 12 Abs. 2	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 13 Abs. 4	geändert	14-47
30.04.2014	01.01.2014	Art. 17 Abs. 1	geändert	14-47
17.02.2021	01.04.2021	Art. 13 Abs. 3	geändert	21-017
17.02.2021	01.04.2021	Art. 25 Abs. 1	geändert	21-017
17.02.2021	01.04.2021	Art. 25 Abs. 2	geändert	21-017
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "1." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets (normal)"	aufgehoben	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	umbenannt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "8." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "13." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "13." / "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	geändert	21-108

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "13." / "Berggebiet"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "15." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "15." / "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "15." / "Berggebiet"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "16." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "18."	eingefügt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "19."	eingefügt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "20."	eingefügt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "21."	eingefügt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "22."	eingefügt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "23."	eingefügt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 2 Abs. 2	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 6	Titel geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 6 Abs. 1	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 6 Abs. 2	aufgehoben	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 10	aufgehoben	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 11 Abs. 1	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 12 Abs. 1	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 12 Abs. 2	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 13	Titel geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 13 Abs. 1	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 13 Abs. 4	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 13 Abs. 5	eingefügt	21-108

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
17.11.2021	01.01.2022	Art. 13 Abs. 6	eingefügt	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 14 Abs. 1	aufgehoben	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 15 Abs. 3	geändert	21-108
17.11.2021	01.01.2022	Art. 17 Abs. 1	geändert	21-108

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erllass	05.11.1997	01.01.1998	Erstfassung	97-113
Art. 2 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "4." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets (normal)"	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	17.11.2021	01.01.2022	umbenannt	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "5." / "Berggebiet"	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "6." / "Berggebiet"	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "8." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "10."	30.04.2014	01.01.2014	umbenannt	14-47
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "11."	30.04.2014	01.01.2014	aufgehoben	14-47
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "13." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "13." / "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "13." / "Berggebiet"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "15." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "15." / "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "15." / "Berggebiet"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "16." / "Bodenverbesserungsart und landwirtschaftliche Hochbauten"	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "16." / "Höchstansätze ausserhalb des Berggebiets"	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "17."	24.10.2007	01.01.2008	eingefügt	07-128
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "18."	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "19."	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "20."	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "21."	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "22."	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 2 Abs. 1, Tabelle, "23."	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 2 Abs. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 2 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 2 Abs. 4	24.10.2007	01.01.2008	eingefügt	07-128
Art. 4 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-128
Art. 4 Abs. 3	24.10.2007	01.01.2008	eingefügt	07-128

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 5 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 6	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-108
Art. 6 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 6 Abs. 2	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-128
Art. 6 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-108
Art. 7 Abs. 1, i	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 10	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-108
Art. 10 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 10 Abs. 2	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 11 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 12 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 12 Abs. 2	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 12 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 13	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-108
Art. 13 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 13 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 13 Abs. 2	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 13 Abs. 3	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-017
Art. 13 Abs. 4	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 13 Abs. 4	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 13 Abs. 5	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 13 Abs. 6	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-108
Art. 14 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 14 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-108
Art. 14 Abs. 2	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 15 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 15 Abs. 3	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 15 Abs. 4	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 17 Abs. 1	30.04.2014	01.01.2014	geändert	14-47
Art. 17 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-108
Art. 18 Abs. 2	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 19 Abs. 1	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-19
Art. 19 Abs. 3	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 19 Abs. 4	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 20	27.01.1999	01.01.1999	Titel geändert	99-19
Art. 20 Abs. 1	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-19
Art. 20 Abs. 3	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-19
Art. 20 Abs. 3	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 21	18.09.2013	01.01.2014	aufgehoben	13-73
Art. 22 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 24 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 24 Abs. 2	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 24 Abs. 2	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73
Art. 24 Abs. 3	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 25 Abs. 1	18.09.2013	01.01.2014	geändert	13-73

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 25 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-017
Art. 25 Abs. 2	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-017